

Flüchtlinge: Der Bund soll Schulen helfen

SPD will eine „Nationale Bildungsallianz“

Die SPD-Bundtagsfraktion will in der Koalition eine „Nationale Bildungsallianz“ für Flüchtlinge durchsetzen. Kitas, Schulen, Universitäten, Ausbildungs- und Arbeitsplätze seien die Schlüsselstellen für die Integration, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil am Dienstag in Berlin. Deshalb seien massive Investitionen ins Bildungssystem notwendig. Dafür müsse das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern auch für den Schulbereich fallen. Die Länder könnten die schulischen Herausforderungen nicht alleine bewältigen. Auch die Grünen im Bundestag verlangten am Dienstag eine „bundesweite Bildungsinitiative“ – und die Streichung des Kooperationsverbots.

Konkret fordert die SPD-Fraktion mehr Sprachangebote in den Kitas sowie den Ausbau des sozialen und interkulturellen Lernens. In einem neuen Ganztags-schulprogramm solle der Anteil der Grundschüler, die ganztags lernen, von 30 auf 50 Prozent erhöht werden. Alle Schulen müssten Schulsozialarbeit anbieten können.

Sprach- und Integrationskurse sollten aus der Sicht der SPD-Fraktion frühzeitig – also in den Erstaufnahmeeinrichtungen – beginnen. Die Jugendintegrationskurse, die junge Erwachsene auf eine duale Berufsausbildung vorbereiten, müssten ebenfalls ausgebaut werden. Damit einhergehen müsse eine bessere Vergütung der bislang meist prekär beschäftigten und unterbezahlten Sprach- und Integrationslehrer. Auch Studiengänge für Lehrkräfte und Sozialpädagogen sollten ausgebaut werden – besonders für solche mit Migrationsgeschichte. Weiterbilden könnte man zudem ehrenamtliche Flüchtlingshelfer. Sie würden längerfristig als „Kulturbotschafter für Bildung“ gebraucht.

Grundsätzlich umsteuern will die SPD beim Bleiberecht für geduldete Asylbewerber, die eine Berufsausbildung machen. Die jetzt diskutierte Regelung, dass sie nach der dreijährigen Ausbildung noch zwei Jahre arbeiten dürfen, ohne eine Abschiebung befürchten zu müssen, reiche nicht aus, sagte Heil. „Wer sich anstrengt, muss eine Chance in Deutschland bekommen.“ Seine Partei wolle ihnen nach einer erfolgreichen Ausbildung oder einem akademischen Abschluss einen dauerhaften Aufenthalt garantieren, weil Deutschland ansonsten wertvolle Qualifikationen verloren gingen.

Wie steht es um die Chancen auf eine Einigung mit der Union? Vieles aus der „Bildungsallianz“ findet sich in einem Maßnahmenpaket, das Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) vor einem Monat präsentierte. Forderungen nach einem Wegfall des Kooperationsverbots für die Schule lehnte sie allerdings brüsk ab. Dies bekräftigte gestern auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, Michael Kretschmer. Dieser Vorschlag der SPD sei „ideologiefahrig“, sagte er.

AMORY BURCHARD

Zehn Mal Exzellenz – und gerne auf Dauer

German U 15, ein Zusammenschluss großer deutscher Universitäten mit medizinischen Fakultäten, fordert zehn „Spitzenstandorte“ für die neue Runde der Exzellenzinitiative. Auf der politischen Ebene in Bund und Ländern gibt es über die Ausgestaltung des Wettbewerbs bislang keine Einigung. Zur Debatte stehen vonseiten der Union vier bis fünf von einer oder mehreren Unis angeführte „Spitzenzentren“ und ein Wettbewerb um Forschungsfelder, der die bisherige Bewerbung um Forschungscluster ersetzen soll. Die SPD will einzelne Unis als „exzellente Standorte der Forschung“ sowie „exzellente Hochschulnetzwerke für Innovation“ fördern. Das sind regionale Verbände von Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitären Instituten und auch Unternehmen. Offiziell muss indes die Empfehlung der Imboden-Kommission abgewartet werden, die Anfang 2016 ihren Evaluationsbericht der bisherigen Runden vorlegen soll.

U 15 plädiert nun für „zwei Förderformate für Exzellenzzentren“. Einerseits solle es Verbände unter Führung einer oder mehrerer Unis geben, die an bestehende Exzellenzcluster anknüpfen, zum anderen neue Großprojekte. Neue Zentren, die aus bestehenden Clustern hervorgehen, sollten eine dauerhafte Bund-Länder-Finanzierung erhalten können. –ry



Zuwendung. Seelische Betreuung nimmt großen Raum bei der palliativmedizinischen Versorgung ein.

Foto: Picture-alliance/dpa

Orte der Linderung

Palliativmedizin ist wichtig – aber nicht immer ist die ambulante Versorgung der stationären vorzuziehen

VON ADELHEID MÜLLER-LISSNER

Wenn Wunsch und Wirklichkeit eklatant auseinanderklaffen, ist das stets bedenklich. Geht es dabei um das Sterben – das sich in gesunden Tagen ohnehin keiner herbeiseht – ist eine solche Diskrepanz noch schmerzlicher. Drei Viertel aller älteren Menschen wünschen sich, zu Hause zu sterben, nur jeder Fünfte aber beendet hier sein Leben. Die Zahlen, die gestern im Tagesspiegel zu lesen waren, entstammen einem Faktencheck Gesundheit, für den die Bertelsmann-Stiftung drei Studien auswertete: Die Untersuchung „Sterbeort Krankenhaus – Regionale Unterschiede und Einflussfaktoren“ von Karsten Zich aus dem Iges-Institut, die Studie „Strukturen und regionale Unterschiede in der Hospiz- und Palliativversorgung“ von Heiner Melching von der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin und eine Analyse der Über- und Unterversorgung am Lebensende vom Bonner Palliativmediziner Lukas Radbruch.

Nur sechs Prozent der älteren Bundesbürger sagen, dass sie ihre allerletzte Lebenszeit in einem Krankenhaus verbringen möchten. 45,7 Prozent der Menschen sterben allerdings heute in Deutschland genau dort. In der Hauptstadt sind es sogar 48,8 Prozent. Dass bundesweit nur 30 Prozent der Sterbenskranken palliativmedizinisch versorgt werden, spricht auf jeden Fall für eine deutliche Unterversorgung. Und Berlin scheidet hier in der Datensammlung der Stiftung besonders schlecht ab.

Doch es lohnt sich, genauer hinzuschauen. Denn bei der Spezialisierten Ambulanten Palliativ-Versorgung (SAPV), auf die Kranke ein Anrecht haben, wenn ihr Leiden in absehbarer Zeit zum Tod führen wird und seine Behand-

lung besondere Fachkompetenz erfordert, steht Berlin recht gut da. Und hier war die Hauptstadt auch Vorreiter. Schon 1992 wurde die häusliche Versorgung unheilbar Krebskranker als Pilotprojekt in einer onkologischen Schwerpunktpraxis eingeführt. Der gemeinnützige Verein Home Care Berlin e.V. organisiert und berät seit fast 23 Jahren uner müdlich.

„Wir stoßen allerdings mit der Versorgung in Berlin an unsere Grenzen, weil die Patientenzahl ständig steigt“, sagt die Geschäftsführerin Simona Blankenburg. Waren es im Jahr 2011 noch 4304 Sterbenskranken, die in Berlin von 87 Ärzten mit SAPV-Zulassung zu Hause behandelt wurden, so sind es im letzten Jahr schon 5622 gewesen, aber nur fünf Ärzte mehr. Auch Pflegekräfte, die sich mit der ambulanten Palliativpflege fachlich auskennen, sind rar und angesichts ihrer anspruchsvollen Aufgaben und des 24-Stun-

den-Bereitschaftsdienstes schlecht bezahlt. „Wir haben jeden Tag Anrufer am Telefon, die nicht versorgt werden können“, sagt Blankenburg. „Unsere Mitarbeiter sind an der Leistungsgrenze.“

Der Plan B, zu dem die Geschäftsführerin den Anrufern dann oft rät, ist die Klinik. Sie tue das heute mit einem wesentlich besseren Gefühl als früher, sagt Blankenburg. „Hier hat sich in den letzten Jahren wirklich etwas zum Guten verändert.“ In den Palliativstationen, die häufig den Abteilungen für Krebsmedizin zugeordnet sind, sind die Zimmer wohlicher als im übrigen Gebäude, alle modernen Therapien stehen bei Bedarf zur Verfügung, die Ärzte und Pflegekräfte sind auf die Bedürfnisse von Menschen in der letzten Lebensphase spezialisiert, die Angehörigen dürfen rund um die Uhr da sein. Viele unter den 94 Prozent der Befragten, die angeben, auf keinen Fall in

einem Krankenhaus sterben zu wollen, kennen möglicherweise noch keine dieser Stationen von innen. (Das wurde in den Erhebungen nicht erfragt.)

„Es gibt Krankheits-Verläufe und persönliche Umstände, die es schwierig oder sogar unmöglich machen, die letzte Lebensphase im häuslichen Umfeld zu verbringen“, sagt die Anästhesistin und Schmerzspezialistin Myriam Kaiser, die im Vivantes-Klinikum Spandau auf der Palliativstation arbeitet. Wer in gesunden Tagen befragt werde, könne sich das oft noch nicht vorstellen. Ihrer Erfahrung nach fühlen sich einige Sterbenskranken durchaus in der Rund-um-die-Uhr-Sicherheit des Krankenhauses geborgen und empfinden es für sich als passender, dort statt zu Hause gepflegt zu werden. Oder sie möchten in der letzten Lebensphase in einem Hospiz betreut sein.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen brauche vor dem Tod palliativmedizinische Unterstützung, meint die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin. Leben sie zu Hause oder in einem Pflegeheim, so geht es dabei meist um die Allgemeine Ambulante Palliativ-Versorgung (AAPV), eine Domäne der Hausärzte. Dass es zu ihnen eine Jahrzehnte alte Vertrauensbeziehung gibt und dass sie wirklich Hausbesuche machen, ist allerdings in den Großstädten eher selten.

Thomas Schindler, ein Pionier von Home Care Berlin, ist Allgemeinmediziner mit der Zusatzbezeichnung Palliativmedizin, zu seinem Alltag gehören AAPV wie SAPV. Als „Arzt im Einsatz“ kennt er inzwischen eine beträchtliche Zahl Berliner Wohnhäuser von innen. Einigen Menschen, die er dort besucht hat, vor allem hochbetagten allein Lebenden, musste er aber schon raten, sich ein gutes Pflegeheim oder ein Hospiz zu suchen.

PALLIATIVMEDIZIN

Im Vordergrund steht die Lebensqualität

„Palliative Care“ lautet der Fachausdruck für jenen Zweig der medizinischen Versorgung, in dem es um die Betreuung Schwerkranker und Sterbender geht. Zu „Palliative Care“ gehören die Palliativmedizin und -pflege, die die Hospizarbeit. Anstelle der Heilung geht es um Linderung von Schmerzen, Atemnot, Erschöpfung, Übelkeit und anderen Krankheitssymptomen und darum, dem Pa-

tienten so viel Lebensqualität wie möglich zu erhalten. Betreut werden zu meist Patienten mit chronischen Krankheiten wie Krebs, Herzschwäche, fortgeschrittenen Lungen- oder Nierenleiden und Alzheimer. In Deutschland hat die palliative (lindernde) Versorgung in den letzten Jahren einen raschen Aufschwung genommen. Es gibt mittlerweile etwa 200 Hospize und 250 Palliativ-

stationen in Krankenhäusern, dazu 250 Einrichtungen, die sich auf die ambulante Palliativversorgung spezialisiert haben. Am Donnerstag will der Bundestag ein Hospizgesetz beschließen, das die bessere Versorgung Schwerkranker und einen umfassenden Ausbau der Palliativversorgung zum Ziel hat. Künftig gehört sie zu den Pflichtaufgaben der Krankenkasse. wez

Wie studentisch werden die neuen Wohnheime?

Landesgesellschaften bauen Studentenapartments. Ob da wirklich Studierende leben, ist nicht gesichert

Vor einem „Konkurrenzkampf der sozialen Problemgruppen“ um den knappen Wohnraum warnen soziale Träger schon seit Beginn der Flüchtlingskrise. Eine Gruppe, die dabei ins Hintertreffen geraten könnte, sind Studenten ohne spendables Elternhaus. Bereits vor zwei Jahren hatte der frühere Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit den Bau von 5000 Studentenwohnheimplätzen angekündigt. In diesem Sommer hat der neu formierte Senat das Vorhaben wie berichtet endlich konkretisiert. Doch das Bauprogramm lässt zum Ärger der Opposition die Spezialisten außen vor. Das könnte zulasten der Studierenden gehen, kritisiert jetzt Anja Schillhaneck, Wissenschaftsexpertin der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Denn das Studentenwerk Berlin, das 9500 Wohnheimplätze, darunter zahlreiche Apartments, vermietet, wird nicht zu den wichtigen Bauträgern auf landeseigenen Grundstücken zählen – und auch keine Objekte aus dem Bauprogramm in eigene Verwaltung bekommen. Nach der Senatsvorlage vom Juli werden die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zusammen rund 2800 Heimplätze und Studentenwohnungen errichten. Ebenfalls am Start ist die landeseigene Firma Berlinovo, der Resteverwalter des Immobilienvermögens der zusammengebrochenen Bankgesellschaft Berlin. Diese soll nach Senatsangaben „mittelfris-

tig 2500 Einzelapartments und 300 Wohngemeinschaftsplätze für studentische Nutzung“ errichten. Bis zum Jahr 2020 wird der Bau laut Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) dauern.

Das Studentenwerk selbst will nur ein Studentenwohnheim in der Mollwitzstraße errichten: 58 Wohnplätze für 270 bis 290 Euro warm und möbliert. Die dazu erforderlichen 3,5 Millionen Euro finanziert das Studentenwerk fast aus-



Neu bezogen. Das 2014 eröffnete Studentendorf in Adlershof. 5000 neue Plätze sollen bis 2020 entstehen. Foto: picture-alliance/dpa

schließlich aus „Guthaben“. Der Senat gibt keine Mittel dazu. Mehr wird den Experten für das Studentenwohnen aber wohl auch nicht zugetraut – jedenfalls kann es sich die Opposition nicht anders erklären, warum die erfahrene Einrichtung bei dem gewaltigen Wohnungsbauprogramm größtenteils außen vor gelassen wird. Und Anja Schillhaneck von den Grünen befürchtet, „dass die Studenten von den neu geplanten Studentenwohnungen, wenn sie mal stehen, womöglich gar nicht profitieren werden“.

Unklar ist etwa, ob und wie die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sicherstellen werden, dass die Objekte tatsächlich langfristig Studierenden zugutekommen. Dem Studentenwerk müssen die Mieter in jedem Semester eine Immatrikulationsbescheinigung vorlegen – sonst müssen sie raus, damit ein anderer Student reinkann. Bei den Wohnungsbaugesellschaften dagegen gibt es eine solche Prüfung bisher nicht.

Auch liegen die Mietpreise der neu geplanten Wohnungen landeseigener Firmen weit über den BafoG-Sätzen. Nach der Vorlage des Senats fürs Abgeordnetenhaus sollen die durchschnittlich 16 Quadratmeter kleinen Apartments 315 Euro inklusive Nebenkosten monatlich kosten. Beim BafoG sind für die Warmmiete aber maximal nur 225 Euro vorgesehen. Kurzum, „warum wird das Studentenwerk mit seiner geballten Kompetenz

nicht stärker eingebunden in die Planung der neuen studentischen Wohnungen?“, fragt Schillhaneck. Antworten könnte es an diesem Mittwoch im Ausschuss für Wissenschaft des Abgeordnetenhauses geben. Zu einer Anhörung zum Thema sind die Vorstände der beiden landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Degevo und Gesobau eingeladen sowie die Chefin des Berliner Studentenwerkes.

Das Studentenwerk Berlin wird unterdessen für sein komplettes Angebot – neben den bestehenden Wohnheimen sind das unter anderem Mensen und Beratungsangebote für Studierende – vom Senat von 2016 bis 2019 insgesamt 46 Millionen Euro erhalten. Diese Unterstützung des Landes sei eine „hervorragende Basis für die weitere Zusammenarbeit“, sagte Wissenschaftsstaatssekretär Stefan Krach am Dienstag bei der Vorstellung des Rahmenvertrags, den der Senat verabschiedet hatte.

Darin werden verbindliche Leitlinien für die Wirtschaftspläne des Studentenwerks geregelt. Neben den Wohnheimplätzen werden auch 13 000 Mensapläätze mitfinanziert. Die Zahl der Kitapläätze soll laut Krach von 480 auf 650 steigen. Krach sagte, der Anteil der Landesförderung am Gesamtbudget des Studentenwerks liegt in Berlin bei zwölf Prozent und damit drei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

RALF SCHÖNBALL/SABINE BEIKLER

Schmutziges Eis schmilzt schneller

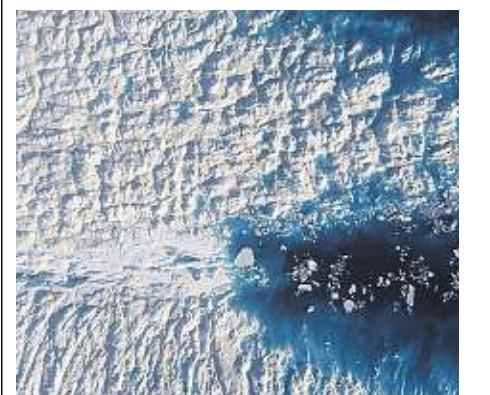
Effekt von Staub und Ruß wurde bisher unterschätzt

Auf dem Globus leuchtet der grönländische Eisschild strahlend weiß, schaut man aus dem Flugzeug, gibt es aber viele Stellen, die dunkel erscheinen. Die Verfärbungen des Eises haben verschiedene Ursachen – und maßgeblichen Einfluss auf das Schmelzverhalten der Gletscher.

Prinzipiell gilt, dass eine dunkle Fläche mehr Sonnenstrahlung aufnimmt als eine helle und sich stärker erwärmt. Ist Eis durch Staub oder Ruß verunreinigt, taut es daher schneller. Damit nicht genug: Während das Schmelzwasser abfließt, sammeln sich die Verunreinigungen an der Oberfläche und begünstigen das weitere Abtauen. In den Abschätzungen des Weltklimarates zum künftigen Meeresspiegelanstieg sei dieser Effekt nicht berücksichtigt, schreiben Forscher um Thomas Golle vom Universitätszentrum auf Spitzbergen in „The Cryosphere“. Ihren Berechnungen zufolge könnte die Ansammlung von Staub und Ruß dazu führen, dass der Eisverlust Grönlands langfristig um sieben Prozent größer ausfällt als gedacht, wahrscheinlich noch mehr.

Allerdings ist die Unsicherheit in puncto Gletscherschmelze nach wie vor groß, selbst bei Ruß und dessen Wirkung aufs Eis, die gut erforscht ist. Ob es jüngst tatsächlich zu einer Zunahme des schwarzen Kohlenstoff im grönländischen Eiskam, wie gelegentlich behauptet, ist nicht sicher. Zwar deuten einige Eisbohrkerne darauf hin. „Aber um eine Aussage für ganz Grönland zu machen, benötigen wir mehr Proben – und die haben wir nicht“, sagt Angelika Humbert, Glaziologin am Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven.

Aus ihrer Sicht sollte vor allem die „Metamorphose von Schnee“ besser erforscht werden, also das Wachsen der



Verlust. Verunreinigtes Eis und Tauwasserseen begünstigen die Schmelze. Foto: AWI

Schneekristalle in den oberen Gletscherschichten im Lauf der Zeit. Je größer die Körner sind, umso mehr Strahlung im nahen Infrarotlicht nehmen sie auf, was das Schmelzen ebenfalls begünstigt. „Wir wissen noch immer nicht, wie die Metamorphose genau abläuft, welche Einflüsse die wichtigsten sind und welche Rolle zum Beispiel die Verunreinigungen durch Staub und Ruß dabei spielen.“

Die Struktur der Eispartikel, Verunreinigungen, aber auch kälteliebende Bakterien, die ebenfalls zur Verdunklung des Eises beitragen, wirken sich unmittelbar auf die „Albedo“ aus. So bezeichnen Forscher das Reflexionsvermögen einer Oberfläche. Der Wert ist entscheidend, wenn Glaziologen die Entwicklung eines Gletschers simulieren. Satellitendaten liefern vermuten, dass die Albedo des grönländischen Eises seit Jahren abnimmt. Das ist offenbar ein falscher Schluss, glauben Forscher um Chris Polashenski vom Dartmouth College in Hanover (New Hampshire). Sie haben Dutzende Schneeproben aus Nordgrönland analysiert. Wie sie in den „Geophysical Research Letters“ schreiben, gebe es keine Hinweise, dass es in den letzten 60 Jahren mehr Rußeintrag gegeben hätte, auch die Zusammensetzung des Staubs sei kaum verändert. Ihr Fazit: Die Sensoren, die auf dem „Terra“ und dem „Aqua“-Satellit der Nasa montiert sind, seien gealtert und würden zumindest in höheren Lagen eine Entwicklung der Albedo vortäuschen, die es gar nicht gibt. Polashenski zufolge wird der Trend wahrscheinlich verschwinden, wenn die Daten mit einer entsprechenden Korrektur versehen und erneut ausgewertet werden.

RALF NESTLER

CAMPUS

FU BERLIN
Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Russischen Revolution
In der Ringvorlesung des Osteuropa-Instituts und des John-F.-Kennedy-Instituts zum Ost-West-Konflikt geht es am Donnerstag, 5. November, um volkswirtschaftliche Auswirkungen der Russischen Revolution. FU-Juniorprofessor Theodoris Grigoriadis spricht ab 16 Uhr zum Thema „Russian Revolution and the Soft Budget Constraint“ (weiche Budgetbeschränkung) – im Osteuropa-Institut, Hörsaal A, Garystraße 55, 14195 Berlin. Tsp